

Allgemeine Verkaufs- und Lieferbedingungen der Geo. Gleistein und Sohn GmbH und der mit ihr verbundenen Unternehmen

Version 09. Juli 2021

I. Allgemeines und Geltungsbereich

- Diese Allgemeinen Verkaufs- und Lieferbedingungen (nachfolgend AVL genannt) sind Bestandteil aller Angebote und Verträge über Lieferungen und Leistungen der Geo. Gleistein und Sohn GmbH sowie der mit ihr verbundenen Unternehmen (nachfolgend Verkäufer genannt) mit deren Kunden (nachfolgend Käufer genannt) in laufender und künftiger Geschäfts-Verbindung. Spätestens mit der Entgegennahme der Ware oder Leistung gelten diese AVL als angenommen.
- Die AVL gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne des § 14 Abs. 1 BGB.
- Soweit nach den AVL schriftliche Erklärungen oder schriftliche Bestätigungen des Verkäufers erforderlich sind, gilt die Schriftform auch als gewahrt, wenn die Erklärungen oder Bestätigungen per E-Mail, als pdf-Datei oder per Telefax abgegeben sind.
- Diese AVL werden in alle zukünftigen Verträge zwischen den Parteien einbezogen, auch dann, wenn nicht noch einmal ausdrücklich auf sie hingewiesen wurde. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers werden nicht Vertragsinhalt, sofern dessen Bedingungen entgegenstehende oder vom Sinn und Zweck diesen Einkaufsbedingungen abweichende Regelungen vorsehen.

II. Angebot und Vertragsschluss

- Die Angebote des Verkäufers sind freibleibend, soweit durch den Verkäufer nichts anderes schriftlich erklärt wird.
- Die in Prospekten und Katalogen enthaltenen Angaben wie Abbildungen, Zeichnungen, Gewichts- und Maßangaben sind branchenübliche Näherungswerte, soweit sie durch den Verkäufer nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden.

III. Preise

Kostensteigerungen, die der Verkäufer nicht zu vertreten hat (insbesondere allgemeine Erhöhungen von Arbeits- und/oder Material-/Rohstoffkosten), berechtigen ihn zu einer angemessenen und auf eine auf den am Markt durchgesetzten Preis begrenzte Preiserhöhung, wenn die Lieferung mindestens 4 Wochen nach Vertragsschluss oder später erfolgen soll sowie bei Dauerschuldverhältnissen.

IV. Aufrechnung

Aufrechnungsrechte stehen dem Käufer nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Verkäufer anerkannt sind. Außerdem ist der Käufer zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

V. Lieferung

- Lieferfristen und -termine sind stets unverbindlich, soweit diese nicht ausdrücklich als vom Verkäufer als verbindlich bestätigt werden.
- Wird ein unverbindlicher Liefertermin um mehr als 4 Wochen überschritten, so ist der Käufer erst dann zur Geltendmachung der ihm zustehenden Rechte berechtigt, wenn er dem Verkäufer schriftlich eine Nachfrist von mindestens 7 Kalendertagen eingeräumt hat.
- Der Verkäufer ist zu Teillieferungen und zu Mehr- oder Minderlieferungen berechtigt.
- Liefer- und Leistungsverzögerungen aufgrund höherer Gewalt und von Ereignissen, die die Lieferung wesentlich erschweren oder unmöglich machen, - hier zu gehören insbesondere Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung, Naturereignisse, Auswirkungen von Pandemien, behördliche oder gesetzliche Anordnungen oder Störung der Verkehrswege - berechtigen den Verkäufer, die Lieferung bzw. Leistung um die Dauer der Behinderung zuzüglich einer

General Terms and Conditions of Sale and Delivery of Geo. Gleistein und Sohn GmbH and its affiliated companies

Version June 09, 2021

I. General information and scope

- These General Terms and Conditions of Sale and Delivery (hereinafter referred to as the GTC) are an integral part of all quotes and contracts with respect to the deliveries and services of Geo. Gleistein und Sohn GmbH and its affiliated companies (hereinafter referred to as the sellers), which are agreed with the customers (hereinafter referred to as the buyers) in current and future business relationships. These GTC shall be deemed accepted at the latest upon receipt of the goods or services.
- The GTC only apply to companies within the meaning of article 14, clause 1 of the German Civil Code (BGB).
- Insofar as the seller's written declarations or written confirmations are required pursuant to the GTC, the written form is also considered as upheld if the declarations or confirmations are issued by email, as a 'pdf' file or by fax.
- These GTC will be included in all future contracts between the parties, even if no further reference is made to them expressly. The buyer's General Terms and Conditions do not form part of the contract insofar as such terms and conditions contradict these GTC or include regulations that conflict with the sense and purpose of these GTC.

II. Quote and conclusion of contracts

- The seller's quotes are subject to change without notice insofar as no other specifications have been declared by the seller in writing.
- The information contained in the brochures and catalogs, e.g. illustrations, drawings, information about weights and measures, represent the approximate values which are customary in the business sector insofar as they are not explicitly stated as binding by the seller.

III. Prices

Increased costs for which the seller is not responsible (notably general increases in labor and/or material/raw material costs) shall entitle the seller to apply a reasonable price increase limited to the price dictated by the market if delivery takes place at least 4 weeks after conclusion of the contract, or later in the case of continuing obligations.

IV. Set-off

Rights of set-off are only vested in the buyer if his counterclaims have been legally established, are undisputed or if they have been recognized by the seller. In addition, the buyer may only exercise a right of retention insofar as his counterclaim is based on the same contractual relationship.

V. Delivery

- Periods and dates of delivery are always non-binding unless expressly confirmed as binding by the seller
- If a non-binding delivery date is exceeded by more than 4 weeks, the buyer may only assert the rights vested in him if he has granted the seller a grace period of at least 7 calendar days.
- The seller is entitled to make partial deliveries and to deliver more or less than the agreed quantity.
- The seller is not responsible, even in the case of binding delivery periods or dates, for delays in deliveries or services that occur owing to force majeure and events that make the delivery or service substantially more difficult or impossible: these include in particular operational disruptions, strikes, lockouts, natural events, the effect of pandemics, official or legal ordinances or a blockage of traffic routes entitle the seller to postpone the delivery or service by the duration of the hindrance plus a reasonable start-up period. The seller will immediately notify the buyer of the start and end of such hindrance.
- In the event of culpable non-compliance with the grace period set in accordance with clause V., second bullet point, the buyer may withdraw from the contract or claim damages pursuant to clause VII.
- Deliveries are subject to the timely delivery of goods to the seller.

angemessenen Anlaufzeit hinaus zu schieben. Beginn und Ende einer derartigen Behinderung teilt der Verkäufer dem Käufer unverzüglich mit.

- Bei schuldhafter Nichteinhaltung der nach dem V. 2. Aufzählungszeichen gesetzten Nachfrist kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten oder Schadenersatz nach Ziffer VII. verlangen.
- Lieferungen erfolgen vorbehaltlich rechtzeitiger Selbstbelieferung des Verkäufers.

VI. Beschaffenheit, Gewährleistung, Mängelrüge und Haftung

- Qualitätsbezeichnungen richten sich nach deutschen (DIN) bzw. europäischen (EN) Normvorschriften. Außereuropäischen Normvorschriften bedürfen zu ihrer Geltung der schriftlichen Vereinbarung. Sind deutsche oder europäische Normvorschriften nicht vorhanden, ist für die Lieferung die am Erfüllungsort branchenübliche Vorgehensweise maßgeblich.
- Klimabedingte Gewichtsänderungen, Abweichungen in der Farbe und in der Reinheit, die in der Natur des Rohstoffes liegen, berechtigen den Käufer nicht zur Mängelrüge, Abnahmeverweigerung oder der Ausübung von Mängelansprüchen.
- Zur Wahrung von Mängelansprüchen hat der Käufer die Lieferung unverzüglich nach Eintreffen auf Menge, vertragsgemäße Beschaffenheit und zugesicherte Eigenschaften zu untersuchen. Bei beiderseitigen Handelsgeschäften unter Kaufleuten bleibt § 377 HGB unberührt.
- Im Rahmen der Nacherfüllung kann der Verkäufer wählen, ob er den Mangel beseitigt oder eine mangelfreie Sache liefert.
- Für das Fehlen von zugesicherten Eigenschaften haftet der Verkäufer nur insoweit, als die Zusicherung den Zweck verfolgt, den Käufer gerade gegen die eingetretenen Folgeschäden aus dem Nichtvorhandensein der Eigenschaften abzusichern. Allein durch die Bezugnahme auf DIN oder EN-Normen wird deren Inhalt nicht zugesicherte Eigenschaft. Sofern eine bestimmte Beschaffenheit vereinbart ist oder der Verkäufer bestimmte Eigenschaften zusichert, bedeutet das nicht, dass die Ware sich für eine zwischen dem Käufer und dessen Kunden vereinbarte Verwendung eignet.
- Mängelansprüche verjähren in 12 Monaten ab Gefahrübergang. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz keine Abweichungen von § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), § 479 Abs. 1 BGB (Rückgriffsanspruch) und § 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB (Baumängel) zulässt.
- Für die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gilt Ziffer VII. der AVL.

VII. Haftung

- Für Schadenersatz wegen Verletzung vertraglicher und außervertraglicher Pflichten sowie für den Ersatz von vergeblichen Aufwendungen haftet der Verkäufer nur im Falle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit sowie im Falle schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie im Falle eines arglistigen Verschweigens eines Mangels oder der Übernahme einer Beschaffenheitsgarantie. Wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten („Kardinalpflichten“) haftet der Verkäufer wie auch bei leichter Fahrlässigkeit. Kardinalpflichten sind solche Verpflichtungen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf. In diesem Fall ist die Haftung des Verkäufers jedoch auf den im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vernünftiger Weise vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden begrenzt. Die Haftung des Verkäufers nach dem Produkthaftungsgesetz ist von den vorstehenden Beschränkungen nicht betroffen, nach dem Produkthaftungsgesetz haftet der Verkäufer unbeschränkt.
- Schadenersatzansprüche wegen der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit oder aufgrund von grob fahrlässig oder vorsätzlich verursachten Schäden verjähren nach den gesetzlichen Bestimmungen, im Übrigen nach 12 Monaten.v

VIII. Eigentumsvorbehalt

- Der Verkäufer behält sich das Eigentum an der gelieferten Ware (Vorbehaltsware) bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises vor. Bei Waren, die der Käufer im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung vom Verkäufer bezieht, behält sich der Verkäufer das Eigentum vor, bis seine sämtlichen Forderungen gegen den Käufer aus der Geschäftsverbindung, einschließlich der künftig entstehenden Forderungen, auch aus gleichzeitig oder später geschlossenen Verträgen, beglichen sind. Dies gilt auch dann, wenn einzelne oder sämtliche Forderungen des Verkäufers in eine laufende Rechnung

VI. Quality, warranty, notification of defects and liability

- Qualitative descriptions are based on the specifications of the German (DIN) or European (EN) standards. The validity of non-European standard regulations must be agreed in writing. If no German or European standard regulations exist, the procedure that is customary in the industry at the place of fulfilment shall be decisive.
- Changes in product weight arising from climatic conditions and divergences in the color and purity caused by the nature of the raw material, do not entitle the buyer to make notifications of defects, refuse acceptance or to assert claims for defects.
- The buyer must inspect the delivery for quantity, contractually compliant quality and assured characteristics immediately after the arrival of the goods to safeguard any claims for defects. Article 377 of the German Commercial Code (HGB) remains unaffected in the case of reciprocal trading transactions.
- The seller may, within the framework of subsequent fulfilment, choose to remedy the defect or deliver a flawless item.
- The seller is only liable for the deficiency of assured characteristics insofar as the assurance is designed to cover the buyer precisely against consequential damages arising from the absence of such characteristics. Exclusive reference to DIN or EN standards does not make the content an assured characteristic. The fact that a specific quality is agreed or the seller assures specific characteristics shall not guarantee that the goods are suitable for a use that has been agreed between the buyer and his customers.
- Claims for defects are time-barred after 12 months following the transfer of risk: this does not apply insofar as the law stipulates no deviations from article 438, clause 1, no. 2 of the German Civil Code (BGB) (buildings and items for buildings), article 479, clause 1 of the German Civil Code (claim for recourse) and article 634, clause 1, no. 2 of the German Civil Code (building defects).
- Article VII of the GTC applies to the limitation of claims for damages.

VII. Liability

- The seller shall only be liable for damages owing to a breach of contractual and non-contractual obligations, for the reimbursement of fruitless expenditure in the event of intent or gross negligence, of culpable injury to life, body or health and in cases of fraudulent concealment of a defect or the assumption of a quality guarantee. The seller shall also be liable for a breach of material contractual obligations ("cardinal obligations") in the event of minor negligence. Cardinal obligations are obligations the fulfilment of which essentially enables the correct performance of the contract and on the observance of which the contractual partner regularly relies and may rely on. In this case, however, the seller's liability shall be limited to the damage that would be reasonably foreseeable and typical for the contract at the time of conclusion. The seller's liability under the Product Liability Act remains unaffected by the above limitations and the seller's liability is unlimited under the Product Liability Act.
- Claims for damages arising from injury to life, body or health or due to damage caused by gross negligence or willful misconduct shall become statute-barred in accordance with the statutory provisions, otherwise after 12 months.

VIII. Retention of title

- The seller retains ownership of the products delivered (reserved goods) until the full payment of the purchase price. In the case of goods that the buyer purchases from the seller within the framework of an ongoing business relationship, the seller shall retain title to all his claims against the buyer arising from the business relationship, until its claims, including future claims and also those arising from contracts concluded at the same time have been settled. This shall also apply if individual or all claims of the seller have been included in a current invoice and the balance is recognized. Should the buyer default on payment, the seller may recover the goods after issuing a reminder, and the buyer shall be obliged to surrender such goods.
- If the reserved goods are processed to produce a new moveable item, such processing shall be carried out on the seller's behalf with no obligation arising for the seller as a result: the new item shall become the seller's property. Should the reserved goods be processed with items that do not belong to the seller, the seller will acquire joint ownership of the new item in proportion to the invoice value of the reserved goods to the other goods at the time of processing. If the goods subject to retention of title are combined, mixed or blended with goods not belonging to the seller pursuant to §§ 947, 948 BGB, the seller shall become co-owner in accordance with the statutory provisions.

aufgenommen wurden und der Saldo anerkannt ist. Bei Zahlungsverzug des Käufers ist der Verkäufer zur Rücknahme der Ware nach Mahnung berechtigt und der Käufer zur Herausgabe verpflichtet.

- Wird die Vorbehaltsware zu einer neuen beweglichen Sache verarbeitet, so erfolgt die Verarbeitung für den Verkäufer, ohne dass dieser hieraus verpflichtet wird; die neue Sache wird Eigentum des Verkäufers. Bei Verarbeitung der Vorbehaltsware zusammen mit nicht dem Verkäufer gehörender Ware erwirbt der Verkäufer Miteigentum an der neuen Sache nach dem Verhältnis des Rechnungswertes der Vorbehaltsware zu der anderen Ware zur Zeit der Verarbeitung. Wird die Vorbehaltsware mit nicht dem Verkäufer gehörender Ware gemäß §§ 947, 948 BGB verbunden, vermischt oder vermengt, so wird der Verkäufer Miteigentümer entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Erwirbt der Käufer durch Verbindung, Vermischung oder Vermengung Alleineigentum, so überträgt er schon jetzt dem Verkäufer Miteigentum nach dem Verhältnis des Rechnungswertes der Vorbehaltsware zu der anderen Ware zur Zeit der Verbindung, Vermischung oder Vermengung. Der Käufer hat in diesen Fällen die im Eigentum oder Miteigentum des Verkäufers stehende Sache, die ebenfalls als Vorbehaltsware im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt, unentgeltlich zu verwahren.
- Wird die Vorbehaltsware allein oder zusammen mit nicht dem Verkäufer gehörender Ware veräußert, so tritt der Käufer an den Verkäufer schon jetzt die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten ab; der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Steht die weiterveräußerte Vorbehaltsware im Miteigentum des Verkäufers, so erstreckt sich die Abtretung der Forderungen auf den Betrag, der dem Anteilswert des Verkäufers an dem Miteigentum entspricht.
- Wird die Vorbehaltsware vom Käufer als wesentlicher Bestandteil in ein Grundstück, Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug eines Dritten eingebaut, so tritt der Käufer an den Verkäufer schon jetzt die gegen den Dritten oder den, den es angeht, entstehenden Forderungen auf Vergütung in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten einschließlich eines solchen auf Einräumung einer Sicherungshypothek, ab; der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Ziffer 3. Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
- Wird die Vorbehaltsware vom Käufer als wesentlicher Bestandteil in ein Grundstück, Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug des Käufers eingebaut, so tritt der Käufer an den Verkäufer schon jetzt die aus einer Veräußerung des Grundstücks, von Grundstücksrechten, des Schiffes, des Schiffsbauwerkes oder des Luftfahrzeuges entstehenden Forderungen in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten und mit Rang vor dem Rest ab; der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Ziffer 3. Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
- Der Käufer ist zur Weiterveräußerung, zur Verwendung oder zum Einbau der Vorbehaltsware nur im ordnungsgemäßen Geschäftsgang und nur mit der Maßgabe berechtigt und ermächtigt, dass die Forderungen im Sinne von Ziffer 3. bis 5. auf den Verkäufer tatsächlich übergehen. Zu anderen Verfügungen über die Vorbehaltsware, insbesondere Verpfändung oder Sicherungsübereignung derselben, ist der Käufer nicht berechtigt.
- Der Verkäufer ermächtigt den Käufer unter Vorbehalt des Widerrufs zur Einziehung der gemäß Ziffern 3. bis 5. abgetretenen Forderungen. Der Verkäufer wird von der eigenen Einziehungsbefugnis keinen Gebrauch machen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Auf Verlangen hat der Käufer unverzüglich die Schuldner der abgetretenen Forderungen mit Namen und Anschrift zu benennen, die zum Einzug dieser Forderung notwendigen Informationen (wie z.B. Forderungsgrund und Forderungshöhe) abzugeben und den Schuldner der abgetretenen Forderungen die Abtretung anzuzeigen; der Verkäufer ist ermächtigt, den Schuldnern die Abtretung auch selbst anzuzeigen.
- Über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen Dritter in die Vorbehaltsware und in die abgetretenen Forderungen hat der Käufer den Verkäufer unverzüglich unter Übergabe der für den Widerspruch notwendigen Unterlagen zu unterrichten.
- Mit Zahlungseinstellung und/oder Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Käufers erlöschen das Recht zur Weiterveräußerung, zur Verwendung oder Einbau der Vorbehaltsware und die Ermächtigung zum Einzug der abgetretenen Forderungen; bei einem Scheck- oder Wechselprotest erlischt die Einzugsermächtigung ebenfalls. Dies gilt nicht für die Rechte des Insolvenzverwalters.

- If the buyer acquires sole ownership by combining, mixing or blending the goods, he hereby assigns co-ownership to the seller in proportion to the invoice value of the reserved goods to the other goods at the time of combining, mixing or blending such goods. In such cases, the buyer shall store the goods owned or co-owned by the seller free of charge, which shall also be deemed to be reserved goods within the meaning of the above provisions.
- If the reserved goods are sold singly or with goods that are not owned by the seller, the buyer herewith assigns to the seller the debt claims arising from the resale amounting to the invoice value of the reserved goods with all subsidiary rights; the seller accepts the assignment herewith. If the resold reserved goods are owned by the seller, the assignment of any debt claims shall include the amount corresponding to the seller's shared value of the co-ownership.
 - If the reserved goods are installed by the buyer as an essential component of real estate, a ship, a ship structure or aircraft, the buyer hereby assigns to the seller the claims for payment arising against the third party or the respective party in the amount of the invoice value of the reserved goods with all ancillary rights and with a priority of the remainder, the seller accepts such assignment. Clause 3, sentences 2 and 3 shall apply accordingly.
 - If the reserved goods are installed by the buyer as an essential component of real estate, a ship, a ship structure or aircraft, the buyer hereby assigns to the seller the claims for payment arising from a sale of the real estate, ship, ship structure or aircraft in the amount of the invoice value of the reserved goods with all ancillary rights and with a priority of the remainder, the seller accepts such assignment. Clause 3, sentences 2 and 3 shall apply accordingly.
 - The seller is entitled and authorized to resell, use or install the reserved goods only in the ordinary course of business and only provided that the claims within the meaning of clauses 3 to 5 are actually transferred to the seller. The buyer is not entitled to dispose of the reserved goods in any other way, in particular by pledging or assigning them as security.
 - The seller authorizes the buyer, subject to revocation, to collect the claims assigned in accordance with clauses 3 to 5. The seller shall not exercise his own authority for collection provided the buyer fulfils his payment obligations. The buyer shall state the names and addresses of debtors of the assigned debt claims upon request, provide the information required for collecting such claims (e.g. the reason for the claim and the amount) and shall notify the debtors of the assigned claims relating to the assignment; the seller is also authorized to notify the debtors of the assignment himself.
 - The buyer shall notify the seller immediately of any third-party compulsory enforcement measures against the reserved goods or the assigned claims, subject to surrendering any documents that are necessary for such counterclaim.
 - The right to resell, utilize or install the reserved goods and the authorization to collect the assigned claims shall lapse upon the cessation of payments and/or an application to open insolvency proceedings over the buyer's assets; the authorization to collect shall also expire in the event of non-acceptance of checks and bills of exchange. This does not apply to the rights of the insolvency administrator.
 - If the value of the securities granted exceeds the claims (reduced by downpayments or instalments if applicable) by more than 20%, the seller shall, at his discretion, be obliged to retransfer or release such funds. The ownership of the reserved goods and the assigned claims shall pass to the buyer upon the settlement of all claims of the seller arising from the business relationship.

IX. Place of fulfilment, place of jurisdiction and applicable law

- The place of fulfilment and place of jurisdiction for deliveries and payments (including non-acceptance of checks and bills of exchange) and for all disputes arising between the contracting parties, shall be the seller's principal place of business (Bremen) insofar as the buyer is a business enterprise, a legal entity under public law or a special fund under public law. However, the seller is also entitled to sue the buyer at the buyer's head office.
- Relations between the contracting parties shall be governed exclusively by the law applicable in the Federal Republic of Germany (in particular pursuant to the regulations of the German Civil Code (BGB) and those of the German Commercial Code (HGB)). The application of the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods is excluded.

- Übersteigt der Wert der eingeräumten Sicherheiten die Forderungen (ggfs. vermindert um An- und Teilzahlungen) um mehr als 20 %, so ist der Verkäufer insoweit zur Rückübertragung oder Freigabe nach seiner Wahl verpflichtet. Mit Tilgung aller Forderungen des Verkäufers aus der Geschäftsverbindung gehen das Eigentum der Vorbehaltsware und die abgetretenen Forderungen auf den Käufer über.

IX. Erfüllungsort - Gerichtsstand - Anwendbares Recht

- Erfüllungsort und Gerichtsstand für Lieferungen und Zahlungen (einschließlich Scheck- und Wechselklagen) sowie sämtliche sich zwischen den Vertragsparteien ergebenden Streitigkeiten ist, soweit der Käufer Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, der Hauptsitz des Verkäufers (Bremen). Der Verkäufer ist jedoch berechtigt, den Käufer auch an seinem Sitz zu verklagen.
- Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien regeln sich ausschließlich nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht (insbesondere nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches - BGB - und denen des Handelsgesetzbuches - HGB). Die Geltung des UN-Kaufrechtes ist ausgeschlossen.